

„chruščiovinis atšilimas“. Iš pradžių į valstybės saugomų paminklų sąrašą buvo įtraukti atskiri objektai, o vėliau – dešimtys ir šimtai vokiečių pastatų, įrenginių ir meno paminklų. Valdžios įstaigos ėmė skirti lėšų jiems remontuoti ir restauruoti. O galutinai draudimas domėtis prieškarinio krašto istorija buvo panaikintas prasidėjus pertvarkai devintojo dešimtmečio viduryje. 2005 metais vykę renginiai, švenčiant Karaliaučiaus–Kenigsbergo 750 metų jubiliejų, aiškiai parodė, kad Kaliningrade nuolat mažėja žmonių, linkusių skirstyti gimtojo miesto istoriją į „savo“ ir „svetimą“. Ir vis daugiau žmonių įsitikina, kad mažosios jų tėvynės gerovė, kaip ir bet kokia prasminga socialinė veikla, neįmanoma neatsižvelgiant į pirmtakų ir kaimynų patirtį ir ja nesinaudojant.

Pranešimas perskaitytas 2006 m. liepos 20 d.

Iš rusų k. vertė Irena Tumavičiūtė

Vertreibung des preußischen Geistes

Königsberg/Kaliningrad nach 1945

— J U R I J K O S T J A S C H O W

Kaliningrad ist eine sowjetische Stadt, mit all ihren Vor- und Nachteilen. Eine Stadt, die ungekonnt auf den Ruinen einer einst königlichen Stadt errichtet worden war... Aber das Gespenst Königsbergs schwebt über uns. Gerade dieses Gespenst lässt die Menschen nicht in Ruhe.

Aus dem Interview mit Anna Ryshowa,
einer Umsiedlerin aus dem Jahre 1947¹.

Als einen Wendepunkt in der Geschichte Ostpreußens und seiner Metropole kann man den 1. Dezember 1943 betrachten, als Stalin auf der letzten Sitzung der Teheraner Konferenz ziemlich unerwartet erklärte: „Die Russen haben keine eisfreien Häfen an der Ostsee. Deshalb benötigen die Russen die eisfreien Häfen Königsberg und Memel und einen entsprechenden Teil der Provinz Ostpreußen. Umso mehr, als es sich dabei um ursprünglich slawische Gebiete handelt“². Schließlich gaben die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition diesem Wunsch statt, und auf diese Weise wurde der sowjetische Führer zum Ahnherrn des heutigen Gebiets Kaliningrad.

Es ist bemerkenswert, dass der beiläufig ausgesprochene Satz zu einer richtunggebenden Anweisung wurde für Fachkräfte und Wissenschaftler, die diese These zu entwickeln und wissenschaftlich zu begründen hatten. Eine besondere Bedeutung wurde archäologischen Forschungen beigemessen, die seit dem Jahre 1946 erfolgten. Über

die Ergebnisse der Grabungen wurde regelmäßig in den Medien berichtet. Eine Regionalzeitung schrieb damals: „Viele von den getätigten alten Funden lassen deutsche Wissenschaftler der Falsifikation von Geschichte überführen und widerlegen ihre pseudowissenschaftlichen Behauptungen, dass die ursprünglichen Bewohner auf dem ostpreußischen Territorium nicht Slawen, sondern Goten gewesen seien“³.

Zugegeben, dass das Kaliningrader Gebiet in gewissem Sinne eine Schöpfung Stalins ist. Man muss dann auch gestehen, dass es ein ungeliebtes Kind war. Bei der Auseinandersetzung mit der Geschichte Kaliningrads entsteht der Eindruck, dass man sich in Moskau in den ersten Jahren nach Kriegsende kaum vorstellen konnte, was man mit dem nun angeschlossenen Gebiet weiter machen sollte, in welcher Richtung es entwickelt werden sollte, wie das zugefallene deutsche Erbe zu behandeln sei, ob die in dem Gebiet gebliebenen Deutschen auszusiedeln seien etc. In einem derart zentralisierten Staat, wie es die Sowjetunion war, gab es nur einen Mann, der Antworten auf diese und ähnliche Fragen geben konnte, er gab aber keine.

Ab 1945 schwelgte Stalin in Euphorie über den Sieg, über seine neue Rolle in der „großen“ Politik und war kaum dazu geneigt, anzunehmen, dass mit der Zerschlagung des Faschismus sein Triumphzug abgeschlossen sei. Ihn beschäftigten Fragen globalen Ausmaßes: Wie die „deutsche Frage“ gelöst werden wird, wie die neue Konfiguration in Europa aussehen wird, wie sich die Beziehungen zu den ehemaligen Bündnispartnern gestalten werden? Vor diesem Hintergrund dürfte er das weitere Schicksal Kaliningrads und Ostpreußens wohl als ein peripheres Problem betrachtet haben, das sich im Zuge bevorstehender Umgestaltungen von selbst lösen würde.

Dass Stalin an keinem konkreten Plan zur Erntwicklung dieser einst deutschen Provinz interessiert war, konnte außerdem dadurch erklärt werden, dass das stalinistische Regime bereits über beachtliche Erfahrungen verfügte, die in den Jahren 1939–1941 in baltischen Staaten sowie in den an Russland angeschlossenen polnischen, rumänischen und finnischen Territorien gesammelt wurden. Im Grunde genommen war der „Aktionsplan“ wesentlich früher ge-

schmiedet worden, und zwar im Jahre 1917, als die Bolschewiken die russische Vergangenheit mehrerer Jahrhunderte durch einen Federstrich ungültig machten und begannen, Russlands Geschichte „auf einer sauberen Seite“ neu zu schreiben.

Die Einstellung der Obrigkeiten zum ehemaligen Ostpreußen wurde nicht zuletzt dadurch bestimmt, dass das Sowjetregime seiner Natur nach unfähig war, komplizierte Fragen zu lösen. Die führenden Persönlichkeiten sowohl in Moskau, als auch in Kaliningrad glaubten, es würde reichen, wenn man den sowjetischen Umsiedlern irgendeine Wohnung, Arbeit, dazu einige Vergünstigungen zur Verfügung stellt, und das Anpassungsproblem im neuen Land sei gelöst. In diesem Sinne war das über die Vergangenheit verhängte Verbot positiv insofern, als von den Staatsbeamten und Parteifunktionären weder Ausbildung, noch allgemeine kulturelle Interessiertheit, noch Fremdsprachenkenntnisse, noch irgendwelche intellektuellen Anstrengungen verlangt wurden – alle diese Eigenschaften waren unter den stalinistischen Kadern höchst defizitär. Somit bedeutete jeglicher Verzicht auf die Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten, dass für das Gebiet Kaliningrad eine Vielzahl schablonenhafter Vorkehrungen getroffen wurden, die sich unter gewissem Vorbehalt unter dem Begriff „Sowjetisierung“ zusammenfassen lassen.

Ein erster Schritt in diesem Sinne war die Übertragung des bestehenden politischen Systems auf die neue Region. Mehr als ein ganzes Jahr nach Beendigung der Kriegshandlungen wurde der der UdSSR zugefallene Teil Ostpreußens als besonderer Militärbezirk eingestuft, die Militärs verkörperten hier die alleinige Gewalt. Ihre Methoden der Wirtschaftsführung und der Regelung des Zivillebens waren alles andere als effizient. Erheblicher Schaden wurde der Wirtschaft Königsbergs durch unüberlegte „Aktivitäten“ der so genannten Beutekommandos zur Eintreibung und Ausfuhr von Werkstoffen, Werkzeugmaschinen und anderer Güter in das russische Kernland zugefügt. So transportierte man in die „UdSSR“ nicht nur demontierte Industrieanlagen, sondern auch Beile, Sägen, Schaufeln, Zimmerer- und Tischlerwerkzeuge, Fliesen, Ziegel bis hin zu herausgerissenen Pflastersteinen. Die Übertragung von

Befugnisgewalt vom Militär an zivile Behörden begann mit dem Erlass vom 7. April 1946 über die Schaffung des Königsberger Gebiets als Bestandteil der RSFSR (Russische Sowjetische Föderative Sozialistische Republik). Am 21. Juni desselben Jahres wurde ein Erlass über die Nationalisierung von Grund und Boden, von Banken, Industrieunternehmen etc. verabschiedet, darüber hinaus wurden die geltenden sowjetischen Gesetze eingeführt⁴.

Eine gezielte massenweise Ansiedlung sowjetischer Bürger begann gemäß der Regierungsverordnung vom 9. Juli 1946, die bis Jahresende eine Umsiedlung von 12 000 Familien aus 23 russischen und weißrussischen Regionen vorsah, die Umzusiedelnden erhielten diverse Vergünstigungen (Freifahrt, einen Steuererlass für drei Jahre, kleine finanzielle Zuwendungen, Zuweisung von Wohnung und Grundstück – eine Fläche von 0,5 Hektar – u. a. m.). Abgesehen von Durchführungsbestimmungen, ausschließlich qualifizierte Arbeiter und wohlhabende Bauern anzuwerben, handelte es sich bei vielen Ansiedlern um Kriegsoffer aus niedergebrannten Dörfern und zerstörten Städten, um Familien, die im Krieg ihre Ernährer verloren hatten und die weder die Kraft noch die Mittel hatten, ein neues Leben zu beginnen. Viele entschlossen sich zur Umsiedlung, allein um sich und ihre Kinder vor Hunger zu retten und in der Hoffnung, am neuen Ort zu überleben⁵.

Unter den Ansiedlern gab es keine aus den baltischen Nachbarrepubliken, die die Lebensweise, Beschäftigung, kulturelle Traditionen der gesamten Ostseeregion gewissermaßen mit Bewohnern der ehemaligen Provinz teilten. Die Umsiedler stammten meist aus den entferntesten Regionen Russlands. Die gegenständliche Welt und die von Menschen gestaltete Landschaft Ostpreußens, die sie erblickten, sowie die Wohnverhältnisse in ihrem ganzen neuen Umfeld empfanden sie als fremd, sogar befremdend. Die Situation wurde noch dadurch erschwert, dass im russischen nationalen Charakter Misstrauen und Feindseligkeit allem Fremden gegenüber verankert waren⁶. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die in die ehemalige deutsche Provinz Angereisten schon gehörig durch die Propaganda des bolschewistischen Regimes

„bearbeitet“ worden waren: Der Bürgerkrieg, die Kollektivierung, die Repressalien der 30er und 40er Jahre, eine totale politische und ideologische Kontrolle und ununterbrochene ideologische Mankurtisierung haben das Phänomen „Sowjetmensch“ erzeugt. Das war der Mensch, der mit Gewalt seines Glaubens an Gott, seiner nationalen traditionsgebundenen Überlieferung, die sich jahrhundertlang herausgebildet hatte, beraubt und in vielerlei Hinsicht um seine nationalen Besonderheiten gebracht wurde. Hier, in einem fremden deutschen Land, getrennt von ihrer „kleinen Heimat“, büßten die Umsiedler mit beschleunigtem Tempo auch die Reste ihrer nationalen Eigenständigkeit sowie ethnisch-kulturelle und regionale Besonderheiten ein⁷.

Am 4. Juni 1946 wurde Königsberg nach Michail Kalinin benannt – dieser Gesinnungsgenosse Stalins war einen Tag davor gestorben (sein Todesdatum wird heute als Tag der Stadt offiziell begangen). Auf Kundgebungen zu Kalinins Tod hieß es unter anderem, dass mit seinem Namen „der letzte Stein auf das Grab des Faschismus gelegt wurde“ und dass „seit diesem Tag eine Zufluchtsstätte des Faschismus zu einer echten russischen Stadt geriet“. Gleich darauf setzte eine beispiellose Kampagne zu Umbenennungen ein: In wenigen Monaten wurden Tausende Orts- und Gewässernamen und zahlreiche Naturobjekte sowie Zigtausende Plätze, Straßen und Gassen umbenannt. In der Eile und aus Mangel an sachverständiger Prüfung entstanden auf der Karte des Gebiets einige Namen zu wiederholtem Male, viele waren völlig bezugslos und rein ideologisch gefärbt. Bis jetzt existieren vier Siedlungen Perwomajskoje (dt. *Erster Mai – Anm. der Übersetzerin*), vier Oktjabrskoje (dt. *OktoBERSiedlung – Anm. der Übersetzerin*), fünf Lesnoje (dt. *Waldsiedlung – Anm. der Übersetzerin*), sieben Lugowoje (dt. *Wiesengrund – Anm. der Übersetzerin*) u. ä.⁸

Die Kette schablonenhafter Standard-Vorkehrungen zur Sowjetisierung der ehemaligen Provinz Ostpreußen fand ihren Abschluss in Deportationen der einheimischen Bevölkerung. Sie erfolgte ausgehend von zwei Geheimverordnungen Stalins vom 11. Oktober 1947 bzw. 15. Februar 1948. Die Aussiedlung von 102 000 Deut-



schen in die sowjetische Besatzungszone wurde in drei Etappen durchgeführt – im Spätherbst 1947, im Frühling und Herbst 1948⁹.

Die unternommenen Schritte hätten eigentlich alle notwendigen Voraussetzungen zur Verwandlung Königsbergs in eine der vielen sowjetischen Regionalstädte schaffen sollen. Die Obrigkeiten wurden aber, für sie ganz unerwartet, mit einer Massenbekundung „eines ungesunden Interesses“ ihrer Bürger an der deutschen Vergangenheit der Region und für ihr Umfeld konfrontiert. In das örtliche Büro der UKP (b) gingen Signale ein, dass „die Umsiedler ein besonderes Interesse an der Situation im ehemaligen Ostpreußen zeigen“. Auf Versammlungen der Arbeitskollektive und in der Presse wurden stets „einzelne nicht klassenbewusste Bürger“ entlarvt, die „ihr Entzücken über den Komfort in deutschen Wohnungen“ und „über allerlei schöne Nippsachen zum Ausdruck brachten“ sowie sich in Lobeserhebungen ergingen „über die Kultur- und Lebensbedingungen in Deutschland“ und „über deutsche Sehenswürdigkeiten in Kaliningrad, die sie mit denen in den Städten Stalingrad und Komsomolsk verglichen“¹⁰.

Die Obrigkeiten führten einen ununterbrochenen Kampf gegen die Begeisterung der Kaliningrader für deutsche Briefmarken, Ansichtskarten, Porträts, Bilder, Geschirr und andere Sachen. Gefördert wurde dieser Kampf durch die im Jahre 1947 landesweit eingeleitete Kampagne gegen die „heimatlosen Kosmopoliten“ und die Kriecherei gegenüber dem Westen. Im Kaliningrader Gebiet gewann diese Unionskampagne eine lokale Spezifik, die in der Losung über „die Vertreibung preußischen Geistes“ Ausdruck fand. Es hätte zum Verbot einer Inszenierung im städtischen Schauspielhaus führen können, wenn ein wachsamer Zensor die Sprache der Schauspieler „allzu europäisiert“ (!) fand, das Bühnenbild „nicht dem russischen Architekturstil entsprach“, wenn er den Eindruck hatte, dass das „Kostüm einer Schauspielerin nicht russisch“ war, oder wenn er unter Dekorationen eine „Bank deutscher Art“ entdeckte, die er durch eine „andere Art des Sitzens“ ersetzen ließ.

Redakteure und Herausgeber waren wachsam genug, um die Erscheinung eines rot gedeckten Daches in einer Zeitung oder in einer

Broschüre zu verhindern. Aus den für die Rundfunkübertragungen vorgelegten Texten wurden jegliche Erinnerungen an die frühere Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Deutschland entfernt. Den Leitern von Filmtheatern wurde es „als schwere politische Verfehlung“ zur Last gelegt, dass sie wegen der Auffüllung der Kasse zu oft deutsche Beutefilme zeigten¹¹.

In einem vom Stadtrat vorgelegten Bericht hieß es u. a. dass „in vielen Wohnungen geschmacklose deutsche Öldrucke hängen, die spießbürgerlich und sogar religiös geprägt sind... Auf den Straßen der Stadt sind auf Schritt und Tritt deutsche Überschriften, Aushängeschilder, Flachreliefs und Sinnsprüche anzutreffen. Es ist höchste Zeit, all das von den Straßen unserer sowjetischen Stadt zu entfernen“.

Das Ziel der Kulturpolitik, so die Mitglieder des Stadtrates, soll darin bestehen, „für die Werktätigen das Wesen der erbärmlichen und verrotteten bourgeoisen Kultur an den Tag zu bringen und die Überlegenheit unserer sozialistischen Kultur zu zeigen“¹². Das Problem, wie das deutsche historisch-kulturelle Erbe zu betrachten sei, spitzte sich dramatisch zu, als Pläne zum Wieder- und Neuaufbau Kaliningrads diskutiert wurden. Ursprünglich sollte davon ausgegangen werden, dass die Ruinen in der Stadt als ein „Denkmal des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg 1941-1945 gegen den deutschen Faschismus“ bestehen bleiben sollten¹³, das Stadtzentrum sollte vom königlichen Schloss und Dom in die Nähe des Nordbahnhofs verlegt werden. Bald jedoch gewann die Oberhand ein anderer Vorschlag, der am 8. September 1948 auf der ersten Generalversammlung der Kaliningrader Architekten gefasst wurde.

„Die Frage nach Gesichtsänderung der Stadt, einer bis ins Kleinste preußischen Stadt“, – erklärte der Architekt N.W. Michajlewskij, – „die Aufgabe, der zur Zeit die sowjetischen Architekten gegenüberstehen, ist eine schwierige und verlangt große Anstrengungen und Aufwand schöpferischer Kräfte“. O.N. Sakamennyj meinte, dass das künftige Gesicht der Stadt „von leuchtenden Perspektiven, ausdrucksstarken und emotional geladenen architektonischen Akzenten geprägt werden soll“¹⁴. Etwas später fasste D.K. Nawalichin,

Chefarchitekt von Kaliningrad, einen umfangreichen Bericht „Architektonische Rekonstruktion der Stadt Kaliningrad“ ab, in dem er die grundsätzliche Haltung zum deutschen baukünstlerischen Erbe formulierte: „Die Altstadt ist total zu rekonstruieren und umzubauen“.

Für seine Haltung brachte er folgende Argumente vor: „Im Laufe ihrer siebenhundertjährigen Geschichte wurde die Stadt chaotisch gebaut und erweitert, ohne einheitlichen, die ganze bauliche Gestaltung regelnden Plan und stellte, wie eben die meisten kapitalistischen Städte, ein Konglomerat verschiedener Epochen, Geschmäcke und Ideologien dar... Der Charakter des Altstadt-kerns mit seinen schmalen, gewundenen Gassen, die ihren Abschluss finden in aufdringlichen Konturen von Kirchtürmen oder in einer Anhäufung sich aneinander schmiegender Mietshäuser mit den dunklen Schächten ihrer Hinterhöfe, ohne jegliche Freisichtflächen und Grünanlagen, passen uns, den Sowjetmenschen, nicht ins Konzept“. Nawalichin unterzog die wenigen Architekten, die für den Wiederaufbau alter Gebäude „in ihrer ursprünglichen architektonischen Gestaltung“ plädierten, einer scharfen Kritik, da sie „ein deutliches Spiegelbild des deutschen Nationalgeschmacks seien“ und „den sowjetischen baukünstlerischen sowie städtebaulichen Traditionen nicht entsprechen“. Der Chefarchitekt forderte dazu auf, mit dem „Geraderichten der Straßen“ und „der Erweiterung von Plätzen“ zu beginnen und fuhr fort: „Die gesamte Entwicklung und Gestaltung der sozialistischen Stadt Kaliningrad soll im Zeichen eines unversöhnlichen Kampfes zwischen Alt und Neu erfolgen, zwischen dem, was vergeht, und dem neu Entstehenden“. Die obigen Ausführungen führten logischerweise zum Schluss, dass „die alten deutschen Formen zum neuen sozialistischen Inhalt im Widerspruch stehen und deshalb entschiedene und durchgreifende Umgestaltungen erforderlich sind“¹⁵. Bei der Diskussion über den ersten Generalplan von Kaliningrad im Juni 1948 wurde ein neuer Vorschlag zum weiteren Schicksal des ehemaligen Stadtzentrums eingebracht, der später realisiert wurde: „Das alte Stadtzentrum ist zu einem Park mit vereinzelt stehenden Häusergruppen zu gestalten“¹⁶.

Unterdessen begann man, Trümmer und Aufschüttungen zu entfernen. Zuerst räumte man in der Regel außerhalb des Stadtzentrums gelegene Straßen vor unversehrt gebliebenen Gebäuden auf, die für verschiedene Bedürfnisse Verwendung finden konnten. Dabei wählten die einheimischen Bauschaffenden die Methode eines partiellen Wiederaufbaus – so wurden in den halb zerstörten, dachlos gewordenen Häusern „nur das Grundgeschoss“ in Stand gesetzt, „in einigen Fällen lediglich nur einige Zimmer darin“. Beispielsweise drohten die im ersten städtischen Filmtheater „Sarja“ oberhalb des Foyers überhängenden Querträger einzustürzen, und in der zentralen Kaufhalle waren auf den Vitrinen mit Lebensmitteln nicht selten auch „haufenweise liegende Ziegelsteine zu sehen, die von den oberen, verfallenden Geschossen des Gebäudes abfielen“¹⁷.

Parallel zu den Enttrümmerungsarbeiten erfolgte die Beschaffung von Baumaterialien, vor allem Ziegeln, die für den Wiederaufbau von den während des Krieges zerstörten sowjetischen Städten benötigt wurden. Opfer dieser Unternehmung wurden bald viele Gebäude und bauliche Anlagen der Vorkriegszeit – nach Renovierung hätten sie eigentlich auch den Kaliningradern dienen können. Aber der Direktor der Architekturbehörde des Gebiets P.W. Timochin legte sogar einen Entwurf zur Erweiterung der Dimensionen dieser Arbeiten vor. In einem Brief an das UKP(b) schrieb er unter anderem:

„Städte des Gebiets und Kaliningrad selbst stellen eine große Reserve zur Deckung des Mangels an Ziegeln dar. Nach vorläufigen Schätzungen ließen sich allein in Kaliningrad nach Demontage zerstörter Gebäude rund zwei Milliarden Ziegel beschaffen“. Der Verfasser des Briefes klagte darüber, dass die Demontage zerstörter Gebäude „auf primitive Weise“ erfolge, und er machte den Vorschlag, „eine gewaltige Organisation“ zu schaffen, die „Gesamtunternehmen der Republik zum Abtragen von Gebäuden“ heißen sollte. Seinen vorläufigen Schätzungen zufolge gäbe es da Arbeit für fünf bis sechs Jahre mit dem Jahresertrag von 400 Millionen Ziegelsteinen, was Mittel für den Bau von 20 bis 25 Ziegleien einsparen würde¹⁸.

Man kann mit gutem Recht davon ausgehen, dass im Falle der Umsetzung eines solchen grandiosen Programms in Kaliningrad auch die heute noch stehenden wenigen alten Gebäude und baulichen Anlagen nicht überlebt hätten. Zum Glück fand damals jene Initiative des Kaliningrader Architekten keine Befürworter in Moskau.

In den ersten Jahren nach Kriegsende wurde der Begriff „Denkmal“ lediglich auf Gräber sowjetischer Soldaten angewandt. Andere Bauten oder plastische Werke (Schlösser und Burgen, Gotteshäuser, Brücken, öffentliche Gebäude und Wohnhäuser, Monumentalplastiken und Parkskulpturen) fanden Erwähnung in amtlichen Unterlagen nur im Zusammenhang mit deren Abtragung und der darauf folgenden Entsorgung. Die einzige Ausnahme unter allen Denkmälern der Vergangenheit war das Grab von Immanuel Kant. Dem Grab wurde solch ein Glück dank dem Umstand zuteil, dass die Begründer des Marxismus den theoretischen Nachlass Kants positiv beurteilt hatten¹⁹. Die darauf folgende Verordnung aus Moskau, die Gruft des weltbekannten Philosophen nicht anzurühren, wurde zugleich zu einem schützenden Dokument für den Dom, in dessen Nähe das Grab lag.

Für das Königsberger Schloss fand sich bei Marx leider kein passables Zitat. Im Gegenteil, sowjetische Propagandisten wetteiferten im Erfinden von scharfen Etiketten für das Schloss, es sei „ein Wespennetz deutscher Hunde-Ritter“, „Hort der deutschen Kriegstreiber“, „die Räuberhöhle des Ottokar“, „die düsterste Hochburg der faschistischen Reaktion“ u. ä. Mit solchen „Beurteilungen“ wurde das Schicksal des halb zerstörten Schlosses vorausbestimmt, die endgültige Phase seiner Abtragung fiel auf das Jahr 1969 – dass der Vorgang „der Beseitigung des Objekts“ sich in die Länge gezogen hatte, lag übrigens allein daran, dass die durchgeführten Arbeiten groß angelegt und kompliziert waren²⁰. Am Standort des ehemaligen Schlosses wurde in den 1970er Jahren das „Haus der Räte“ gebaut, vom Volk ein „Monster“ genannt, das aber nie seiner geplanten Bestimmung zugeführt wurde.

An Stelle der abgetragenen, eingeschmolzenen und verschwindenden deutschen Denkmäler entstanden Zeichen der sowjetischen Prä-

senz in diesem Land. Den Monumenten militärischer Thematik schlossen sich nach einiger Zeit Denkmäler an, die diverse Führer zeigten. Derartige Skulpturen wurden in der damaligen Sowjetunion industriell multipliziert – Bildhauer und Architekten überschütteten geradezu die örtlichen Obrigkeiten mit Vorschlägen und Entwürfen von Lenin-, Stalin-, Kalinin- und anderen Denkmälern.

Nach dem ursprünglichen Konzept sollte die zentrale Komposition auf dem Gelände des Stadtparks in der Nähe der ehemaligen Luisenkirche Platz finden – der Park sollte „auf Kosten der anliegenden ehemaligen deutschen Friedhöfe erweitert werden und eine Fläche von 85–90 Hektar erreichen“²¹. Gemäß dem Entwurf von Michajlewskij sollte die zentrale Allee des Parks zu „einer ausgedehnten Waldwiese führen, wo eine riesige Gestalt des großen Führers unseres Volkes – des Generalissimus STALIN – sich erheben sollte“. Um diese Skulptur sollten aus den echten wachsenden Blumen Porträts der Kampfgefährten Stalins – Molotows, Berijas, Sdanows sowie anderer Männer – geformt werden²².

Aus Geldmangel wurde das Projekt vom Michajlewskij nicht umgesetzt. Ein Stalin-Denkmal wurde genau anderthalb Monate nach Stalins Tod im Jahre 1953 auf dem zentralen Stadtplatz enthüllt. Nach der Entlarvung des „Personenkults“ änderte die Skulptur ihren Standort, im Jahre 1962 wurde sie demontiert. Der „Opa“ Kalinin hat mehr Glück gehabt – sein 1959 am Bahnhofsplatz errichtetes Denkmal steht wohlbehalten immer noch auf seinem alten Platz. Als absoluter Rekordhalter im Bereich der „Verewigung des Andenkens“ kann dennoch Lenin betrachtet werden: Um die Mitte der 1980er Jahre belief sich die Zahl seiner Statuen im gesamten Gebiet auf 72 Stück²³.

Im Jahre 1945 erkannten die sowjetischen Obrigkeiten, dass die örtlichen Traditionen, die sich im Laufe von mehreren Jahrhunderten herausgebildet hatten, und die auf ihrer Basis geschaffenen materiellen Werte zur Anwendung nicht geeignet sind und daher unbedingter Vernichtung unterliegen. Der Versuch, die Geschichte einer alten Stadt „auf einer sauberen Seite“ neu zu schreiben war allerdings zum Scheitern verdammt, weil dadurch den neuen Herren

die elementarsten Orientierungen in ihrem neuen Lebensumfeld verweigert wurden.

Besonders makabre Vorkehrungen der Obrigkeiten zur „Vertreibung des preußischen Geistes“ wurden nach Stalins Tod Mitte der 1950er Jahre in der Zeit des chruschtschowschen „Tauwetters“ überwunden. Zuerst wurden einzelne Bauwerke unter Denkmalschutz gestellt, bald folgten Dutzende und Hunderte deutscher Gebäude, baulicher Anlagen und Kunstwerke, die Behörden stellten dann Mittel zu ihrer Instandsetzung und Restaurierung bereit. Die endgültige Aufhebung des Verbots, das über die Geschichte verhängt worden war, erfolgte erst mit Beginn der Perestrojka in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Die Festveranstaltungen zum 750. Jubiläum Königsbergs im Jahre 2005 zeigten deutlich, dass die Anzahl der Kaliningrader, die dazu neigen, die Geschichte ihrer Geburtsstadt in „die eigene“ und „fremde“ zu teilen, zunehmend gesunken ist. Und immer stärker wird die Überzeugung, dass das Wohl ihrer kleinen Heimat, wie überhaupt jegliche gedanklich verarbeitete Tätigkeit, nicht möglich ist, ohne dass man auf die Erfahrungen der Vorgänger und Nachbarn Rücksicht nimmt und diese Erfahrungen anwendet.

Gehalten am 20. Juli 2006

Übersetzung von Irena Tumavičiūtė. Redaktion Klaus Berthel

Juri Kostjaschow, geboren 1955 in Jurga (Sibirien), studierte Geschichte mit Schwerpunkt Osteuropa an der Moskauer Universität. Nach der Promotion wechselte er 1981 an die Universität Kaliningrad, wo er seit 1999 als Professor für Neue Geschichte lehrt. Zu seinen Interessenschwerpunkten gehören die Geschichte Ostpreußens und die Nachkriegsgeschichte des Kaliningrader Gebiets. Unter seiner Leitung wurden im Rahmen eines Forschungsprojekts 1988/91 mehr als 320 Zeitzeugen zu ihren Erlebnissen in der Nachkriegszeit und zu ihrer Biographie befragt – auf Deutsch erschienen unter dem Titel „Als Russe in Ostpreußen: Sowjetische Umsiedler über ihren Neubeginn in Königsberg/Kaliningrad nach 1945“, hg. von Eckhard Matthes, Ostfildern 1999.

- ¹ *Восточная Пруссия глазами советских переселенцев: Первые годы Калининградской области в воспоминаниях и документах*, Калининград 2003, с. 308.
- ² *Тегеранская конференция руководителей трех союзных держав — СССР, США и Великобритании*, Москва 1984, с. 150.
- ³ Калининградская правда, 26 июля 1950 г. Первый раз сталинская аксиома была подвергнута сомнению уже после его смерти в 1954 г., хотя и до сегодняшнего дня она имеет своих сторонников.
- ⁴ См.: Ю.В. Костяшов, *От военных к гражданским: О передаче власти в Кёнигсбергской/Калининградской области в 1946 г.*, in: *Новый Часовой*, № 13-14, Санкт-Петербург 2002, с. 381-389.
- ⁵ См.: Ю.В. Костяшов, *Заселение Калининградской области после второй мировой войны*, in: *Гуманитарная наука в России*, т. 2, Москва 1996, с. 87.
- ⁶ Ср.: Ю.В. Костяшов, *Восточная Пруссия глазами русских путешественников*, in: *Вестник Калининградского государственного университета*, Калининград 2000, с. 60-67.
- ⁷ См.: Ю.В. Костяшов, *О национальной структуре, этнографических особенностях и социокультурной адаптации советских переселенцев в Калининградской области (1945—1950)*, in: *Национальные отношения в новое и новейшее время: теория и практика*, Калининград 2000, с. 66-79.
- ⁸ О кампании переименований см.: И.Е. Криворуцкая, *Кампания переименований 1946-1947 годов*, in: *Калининградские архивы*, вып. 1, Калининград 1998, с. 90-106; Т.А. Прошина, *О митингах трудящихся по случаю переименования Кенигсберга*, in: *Ibidem*, с. 107-110; Бродерзен П., «Позови меня тихо по имени...», in: *Балтийский регион в истории России и Европы*, Калининград 2005, с. 201-210.
- ⁹ См.: Ю.В. Костяшов, *Выселение немцев из Калининградской области в послевоенные годы*, in: *Вопросы истории*, № 6, Москва 1994, с. 186-188.
- ¹⁰ Центр хранения и изучения документов новейшей истории Калининградской области (ЦХИДНИКО), ф. 1, оп. 1, д. 60, л. 15; д. 82, л. 32-33; оп. 2, д. 44, л. 71, 77; Государственный архив Калининградской области (ГАКО), ф. 19, оп. 1, д. 10, л. 275-276; ф. 344, оп. 3, д. 39, л. 1-16.
- ¹¹ См.: Ю.В. Костяшов, *Красный карандаш цензуры: Калининградский обллит в 1947-1956 гг.* in: *Калининградские архивы*, вып. 5, Калининград 2003, с. 129-138.
- ¹² ГАКО, ф. 216, оп. 1, д. 101, л. 50, 57. Борьба с немецкими надписями велась постоянно и масштабно. В секретном сообщении горисполкома в обласполком от 26 мая 1948 г. говорилось: «...проделана большая работа по снятию немецких вывесок, лозунгов, витрин и отдельных букв (!). Так, в течение четырех месяцев 1948 года снято по городу 13449 штук различных немецких вывесок. Работа по снятию продолжается» (ГАКО, ф. 216, оп. 5, д. 5, л. 20).
- ¹³ ГАКО, ф. 520, оп. 1, д. 2, л. 1. Первым обратил внимание на этот документ немецкий исследователь Берт Хоппе (В. Норре, *Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946—1970*, in: *Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 80, München 2000, S. 55).
- ¹⁴ ГАКО, ф. 520, оп. 1, д. 3, л. 1-2.
- ¹⁵ ГАКО, ф. 520, оп. 1, д. 45, л. 35-46.
- ¹⁶ ГАКО, ф. 520, оп. 1, д. 5, л. 10.
- ¹⁷ ЦХИДНИКО, ф. 1, оп. 1, д. 103, л. 5; д. 123, л. 86-87.
- ¹⁸ ГАКО, ф. 520, оп. 1, д. 158, л. 61-62.
- ¹⁹ См.: Ю.В. Костяшов, *Кто спас усыпальницу Иммануила Канта от разрушения?* in: *Кантовский сборник*, вып. 23, Калининград 2002, с. 125-131.
- ²⁰ О дискуссии вокруг сноса замка см.: В. Норре, *Op. cit.*, S. 127-147.
- ²¹ ГАКО, ф. 289, оп. 7, д. 58, л. 59-61.
- ²² ГАКО, ф. 19, оп. 1, д. 22, л. 302-304.
- ²³ ГАКО, ф. 615, оп. 1, д. 247, л. 3 (данные на 1987 год).